

II-2242 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1225 13

1991 -06- 05

A N F R A G E

der Abgeordneten Haller, Scheibner
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend "Stundenkindergarten"

Die aktive Familienpolitik erfolgt derzeit durch Beihilfen und einen Ausgleich der Lasten, die einer Familie durch die größere Zahl der mit einem Einkommen zu erhaltenden Personen entstehen (Transfereinkommen). Es handelt sich dabei um monetäre Instrumente der Familienpolitik.

Eltern nehmen höhere Kosten in Form von Lebenshaltungskosten für mehrere Personen auf sich. Sie leisten damit einen Beitrag zur künftigen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung. Für diesen künftigen Nutzen der Gesellschaft und Wirtschaft müssen die Eltern sich heute einschränken. Sie tragen Kosten für öffentliche Interessen. Da gegenwärtige Lasten aber nur in der Gegenwart gemildert werden können, muß die heutige Gesellschaft für die künftige Generation die heutigen Eltern entschädigen. Das geschieht durch das Beihilfensystem des Familienlastenausgleichsgesetzes.

Es sind aber nicht nur die finanziellen Lasten, von denen Eltern betroffen sind. Während das Kind klein ist, hat die Mutter kaum Freizeit, nur schwer eine Möglichkeit zu ungestörtem Einkaufen, zum Arztbesuch; aber auch keine Zeit, gesellschaftliche Kontakte zu pflegen, Freunde oder Veranstaltungen zu besuchen, sich weiterzubilden, um später wieder in den Beruf zurückkehren zu können. Das sind Aktivitäten, die für Menschen ohne Kleinkind eine Selbstverständlichkeit sind. Der Bedarf, das Kind jemandem anvertrauen zu können, besteht nur kurzfristig und unregelmäßig.

Kindergärten sind Erziehungseinrichtungen mit dauerndem bzw mit zeitlich geregeltem täglichem Betrieb. Sie decken durch die unflexiblen Öffnungszeiten oft nicht einmal den Bedarf der berufstätigen Mutter ab. Sie sind so konzipiert, daß ein fixer

-2-

Kindergartenplatz für einen längeren Zeitraum vergeben wird. Der Bedarf nach einer Einrichtung, in der geschultes Erziehungs- und Aufsichtspersonal Kinder vorübergehend in Obhut nimmt und dadurch die Eltern vorübergehend im Einzelfall entlastet, ist zur Zeit nur in Privatinitiative oder in einzelnen Gemeinden gedeckt. Und gerade die zeitliche Komponente eines Freiraums für Eltern wäre sicher ebenso wichtig bei der Entscheidung für eine Familie, bzw für mehr Kinder, wie es auch der monetäre, der Geldaspekt ist.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie folgende

A n f r a g e

1) Kindergartenwesen ist zwar eine Landesangelegenheit in Gesetzgebung und Vollziehung. Gibt es trotzdem Initiativen und Koordinationsgespräche des Familienministers mit den Ländern, um neben Kindergartenplätzen, die ein ständiges Erziehungsprogramm durchführen, auch Stundenkindergärten oder stundenweise Unterbringungsmöglichkeiten in "Spielgruppen", wo die Kinder unter fachkundiger Aufsicht gegen ein fixes Entgelt bzw kostenlos stundenweise ohne nähere Bindung an eine bestimmte Teilnahmezeiten untergebracht werden können ?

2) Haben Sie Erhebungen durchführen lassen, ob eine solche Einrichtung eines "Bedarfskindergartens" neben den traditionellen Kindergärten oder Kindergartengruppen einen Einfluß auf die Familienplanung haben könnte; und wenn ja, in welchem Ausmaß ? Wenn nein, planen Sie eine derartige Untersuchung durchführen zu lassen ?

3) Wurde ein derartige Bedarfserhebung schon im Wege der Befragung von Kindergartenpersonal bzw Eltern durchgeführt ? Haben sich dabei zeitliche oder jahreszeitliche Unterschiede des Bedarfes ergeben ?

4) Kann aus der derzeitigen Auslastung der Kindergärten eine zeitliche Präferenz des Besuches abgelesen werden ?

5) Sind die Öffnungszeiten der Kindergärten und Horte bedarfsgerecht ? Oder ergeben sie sich eher aus der Arbeitszeit des Kindergarten-oder Hortpersonals ?

-3-

6) Haben sich schon Universitäten oder Wissenschaftler mit einem derartigen familienpolitischen Problem wissenschaftlich auseinandergesetzt ? Liegen Ihnen entsprechende Forschungsergebnisse vor bzw haben Sie sich um solche Forschungsergebnisse an kompetenter Stelle erkundigt ?

7) Welche sonstigen Angebote der Länder und Gemeinden gibt es, um die Eltern vorübergehend zeitlich dadurch zu entlasten, daß sie ihre Kinder anderen kompetenten verantwortlichen Personen überlassen können ?

8) Sind entsprechende Förderungsmaßnahmen aus familienpolitischer Sicht geplant ?